

Massenkundgebung der roten Presse in Berlin

Kampfruf an den roten Arbeiterkandidaten

Berlin, 28. Februar. (Eig. Bericht.)

Im größten Saal Berlins — dem Sportpalast — maršierten gestern die Arbeiter des roten Berlin auf, um den ersten Kongress der „Roten Fahne“ und den roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann zu grüßen. Ein riesiges Volksgelächter zu Fuß, zu Pferd und in Fiskern war in der ganzen Umgebung des Sportpalastes eingelegt.

Nach dem imposanten Jahneinmarsch, dem eine Delegation der Arbeiterkorrespondenten mit der Fahne der „Frawda“ vorausging und an dem sich eine Delegation von Straßenbahnern in Uniform beteiligte, nahm der Chefredakteur des Zentralorgans der SPD, Genosse Ernst Reinhardt, das Wort zur Eröffnung. Das Hauptreferat hatte Genosse Walter Ulbricht, der Bezirksleiter von Berlin-Brandenburg. Er gab einen ausführlichen Reichstagsbericht, oft von stürmischem Beifall unterbrochen. Er richtete an die Tausende der Versammelten einen klammernden Appell, allen einzuwirken für die Verteidigung der Sowjetunion und Sowjetismus, für das Zentralorgan der Kommunistischen Partei, „Die Rote Fahne“, für den roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann!

Genosse Ulbricht schloß mit den Worten, wenn die Arbeiter auf jede Verbotsmaßnahme mit der Gewinnung neuer Kameraden für die rote Einheitsfront antworten, dann werde unsere Unterdrückungsmaßnahme daran hindern, daß unsere Partei unter Führung des Genossen Ernst Thälmann die Arbeiterklasse zum Siege führt. Donnernde Rot-Front-Rufe auf den Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann klangen durch den riesigen Saal.

Die geistige Massenkundgebung war ein glänzender Auftakt zum Wahlkampf. Die Wahrheit des Satzes, mit dem Genosse Ernst Reinhardt seine Eröffnungsrede begann, ist bewiesen: „Die Rote Fahne“ für Thälmann, „Die Rote Fahne“ für den Kommunismus!

Von der überfüllten Sportpalastkundgebung wurde folgendes Telegramm an den Genossen Ernst Thälmann, der in Dortmund den Wahlkampf eröffnete, geschickt:

„Überfüllte Sportpalastkundgebung des roten Berlin begrüßt den roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann und die in der Reichshalle versammelten Vertreter des Ruhrgebietes im Zeichen des Kampfes Klasse gegen Klasse mit einem dreifachen Rot Front!“

Scheringers Ruf

Mit Thälmann den Weg zur Freiheit!

Genosse Scheringer hat einem Genossen der Roten Hilfe aus Leipzig, wohin er in den letzten Tagen transportiert wurde, einen Brief geschrieben, dem mir folgende Zeilen entnahmen:

„Mit Freude höre ich von dem raschen Anwachsen der Rote-Hilfe-Bewegung. Es ist aber auch nötig, wo man hin kommt als Häftling, wimmelt es von politischen Gefangenen. Hier in Leipzig lehnen sich nicht nur die in Moskau, vor zwei Jahren trat man auch noch „Dochverräter“ von „rechts“ in den Gefängnissen (wie selbst gehörten ja damals dazu), aber davon ist jetzt keine Rede mehr. Bloß einige Nazis sitzen wegen Raubhandeln und Schiebererei, doch jetzt vereinzelt nur trifft man sie. Meist werden sie auch bald wieder entlassen (Kursürstendammprozess). Allein diese Erscheinung beweist einem hier hinter den Mauern, wie drinnen die Entwicklung weitergeht. Rechts, wo man „Nation“ sagt und Gelbblau meint, wo man die ausgeplünderten Mittelschichten mit der Phrase vom Dritten Reich und mit dem Veim eines verlogenen „Sozialismus“ dem Faschismus dienbar macht, herrscht vorläufig eine große Verwirrung. Die Mitte verzieht sich ängstlich hinter dem Generalsekretär.

Die Himmler-AG, ein Betrieb mit vornehmlich weiblicher Belegschaft meldet als erstes Ergebnis: 37 rote Wahlhelfer!

„Arbeit und Kampfeifer herrscht nur bei den „leidigen“ Kommunisten. Hier wurde nicht lange geistlich und nicht gehandelt. Hier wurde sofort offen und einfach der Transportarbeiter Thälmann als Kandidat aufgestellt, um unter seiner Führung das wehrfähige Volk zum Sammeln zu rufen. Nicht um das Enjmen zu retten, wie dies die SPD-Bonzen anstreben, sondern um zu demonstrieren, daß nur unter der Führung des Profetariats, nach reiflicher Mündigkeit der bestehenden Ordnung, das Volk frei werden kann.

„Nicht nur Handarbeiter, sondern auch Tausende von Beamten und Angestellten werden dem Ruf des Transportarbeiters folgen, nicht nur alte geschulte Klassenkämpfer, sondern auch ehrliche Nationalsozialisten und ehemalige Kämpfer von rechts werden sich diesmal in unsere Front einreihen, angeleitet vom Auhandel und Betrat ihrer Führer werden sie zu uns stoßen, die wir den geraden Weg zur Freiheit gehen.“

gen. Scheringer.“

Naziregime rechnet mit SPD-Unterstützung

„SPD wird verboten — SPD bleibt legal“

Herabsetzung aller Gehälter. Weiterer Abbau der Arbeitslosenversicherung. Entlassung aller mißliebigen Beamten. Das ist das Regierungsprogramm der Nationalsozialisten

Der frühere nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Schaefer, der die Vorheimer Dokumente enthüllte, behauptet sich im Besitz von weiterem, außerordentlich interessantem Parteimaterial der NSDAP. Als er noch in der heftigen Landesleitung war, erhielt Schaefer den Auftrag, von dem heftigen Rastführer Wengold eine Aufstellung der ersten Maßnahmen für den Fall der Machtübernahme anzufordern. Wengold lieferte die Aufstellung und Schaefer veröffentlicht jetzt das Dokument, das wichtige Aufschlüsse gibt.

Als eine der ersten Maßnahmen führt Wengold an:

„Geistlicher Zwang zur Herabsetzung aller Gehälter in Industrie und Handel.“

Das mögen sich vor allem die Angestellten merken, dieser Wengold könnte das Rezept für die Gehaltsabbau-Rotverornung geliefert haben.

Als Maßnahme führt Wengold ferner an:

„Weiterer Abbau der Arbeitslosenversicherung.“

Auch dies ist nur eine Forderung der großkapitalistischen Scherzmacher, die die Nazisführer übernommen haben.

Als politische Maßnahmen fordert Wengold:

„Verbot von Streiks, Verbot der SPD, nicht der SPD, solange sie sich ruhig verhält, Ver-

Für Verschüttete keinen Arbeitslohn!

Den 7 geretteten Bergarbeitern der Karsten-Grube soll der Lohn abgezogen werden. SPD-Antrag erzwingt volle Lohnauszahlung und 8 Wochen Urlaub!

Berlin, 28. Februar. (Eig. Bericht.)

Kurz vor den Abstimmungen im Reichstag ging bei der kommunistischen Fraktion aus Reuthen folgendes Telegramm ein:

„Sieben Geretteten Karst-Zentrum verweigert Verwaltung Bezahlung unter Tage verdrachter Stunden. Reichstag vorlegen.“

Die kommunistische Fraktion erzog auf Grund dieses Telegramms sofort die Unterbrechung der Reichstags-Sitzung. Genosse Jaddach führte zur Redestribüne und verlas das Telegramm vor den hütlich beklagten Abgeordneten.

Genosse Jaddach führte in erregten Worten aus, daß das kapitalistische System nicht nur durch seine Arbeitsmethoden die Arbeiter in den Tod treibt, sondern selbst diejenigen, die unter den qualvollen Mühen von Arbeitskameraden gerettet wurden, noch nachträglich verhungern lassen will. Genosse Jaddach erinnerte an die mitleidigen und gehobenen Artikel der gesamten bürgerlichen Presse anlässlich des Grubenunglücks. Die ganze Brutalität des kapitalistischen Systems zeige sich daran, daß man den sieben Bergarbeitern, die 144 Stunden hungerte und mit dem Tode ringend im dunklen Schacht, Minute um Minute, Stunde um Stunde, Tag um Tag, unbelohnt, zum Teil schwer verletzt, die fürchterlichsten Qualen ausgehalten haben, jetzt nicht einmal den jämmerlichen Stundenlohn für diese Qualen auszahlen will.

Das ungläubliche aber geschah im Reichstag! Während Genosse Jaddach die Feststellung traf, daß bei der letzten Lohnauszahlung den sieben geretteten Bergarbeitern von der Grubenverwaltung erklärt wurde: erst 144 Stunden werden nicht bezahlt, da erhab sich der deutschnationale Abgeordnete

Kleiner und rief in den Reichstagsaal: „Man muß auf die andere Seite sehen.“ Ein Sturm der Zustimmung brach los und tobte minutenlang gegen diesen Dr. Kleiner. Genosse Jaddach rief ihm zu: „Die andere Seite, das ist der Profit!“

Die Nationalsozialisten bekamen höchste Achtung denn dieser Dr. Kleiner, der den Sturm machte, das ist der Verbändeter in der nationalen Front.

Schließlich setzte Genosse Jaddach durch, daß sofort auf die Tagesordnung des Reichstages noch folgender kommunistischer Antrag gestellt und am gleichen Tage zur Abstimmung kam. Der kommunistische Antrag lautet: „1. Entgegen der Weisung der Verwaltung, den sieben nach 144 Stunden geretteten Bergarbeitern die unter Tage zugebrachte Zeit tarifmäßig zu bezahlen. 2. Den sieben geretteten Bergarbeitern einen achtwöchigen Erholungsurlaub zur völligen Wiederherstellung der Gesundheit zu gewähren. 3. Während des achtwöchigen Erholungsurlaubes den Lohn an diese Arbeiter in voller Höhe zu auszahlen zu bringen. 4. Den Hinterbliebenen, die bei dem Unglück nicht geretteten Bergarbeitern, sofort 1000 Reichsmark zur Auszahlung zu bringen. 5. Diese Sonderbeiträge nicht zu seiner Minderung aller weiteren Ansprüche der Bergarbeiter, ihrer Hinterbliebenen, entsprengend den gesetzlichen Bestimmungen auf Entschädigung, Kurkosten, Rente usw. führen.“

Trotzdem der Reichsarbeitsminister Stiegemann die kommunistische Forderung abzuschwächen versucht, wird einstimmig (11 bei 1) der SPD-Antrag, der volle Bezahlung für die Zeit der Lebensbedrohensleiden und den 8-Wochenurlaub fordert, angenommen. Der kommunistische Antrag in die Ausschüsse hat gefassten!

SPD-Fleißner Wahlhelfer Hindenburgs

Alle öffentlichen Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel vom 4. bis 9. März in Leipzig verboten!

Gestern morgen wurde der Redaktion unseres Leipziger Arbeiterorgans, der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, folgende Verfügung des Polizeipräsidenten in Leipzig zugestellt:

„Bekanntmachung! Mit Rücksicht auf die Frühjahrsreise werden für die Zeit von Freitag, den 4., bis Mittwoch, den 9. März 1932 einschließlich alle Umzüge und öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel für das Stadtgebiet Leipzig gemäß Artikel 123 Absatz 2 der Reichsverfassung verboten.“

Zu widerhandlungen gegen das Verbot werden nach Maßgabe der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen gehandelt. Leipzig, den 28. Februar 1932

Das Polizeipräsidentium“ Polizeipräsident in Leipzig ist der Sozialdemokrat Fleißner, der mit dieser Verbotsmaßnahme die Massenagitator der SPD in der Reichspräsidentenwahlkampagne, behindern will. Das wird Fleißner nicht gelingen.

Jetzt erst recht werden die sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter erkennen, daß sie sich als rote Wahlhelfer für den proletarischen Klassenkandidaten Ernst Thälmann, gegen Hindenburg-Hilfer-Duellberg und ihre Helfershelfer von der SPD einzusetzen müssen.

Dresdner Gastwirte rüsten zum Streik!

Der Verband versucht zu bremsen!

Die Kampf Stimmung der Dresdner Gastwirte, insbesondere der Mittel- und Kleinbetriebe, hat die Organisationen gezwungen, neue Mandate zur Hinausschiebung des Streikaustrittes durchzuführen. So wandte sich der Verein der Gast- und Schankwirte, der eben die Mittel- und Kleinbetriebe erfasst, in einer Enschlichung an Goerdeler mit dem Ersuchen, die Bierpreissteigerung in Sachsen zu verhindern. Statt also direkt durch einen Bierstreik für die Senkung der ungeheuerlichen Reichs- und Gemeindegewerbesteuer einzutreten und dadurch eine gemeinsame Kampf- und Interessentfront mit den Verbrauchern herzustellen, wie das der wahre Wille der kleinen und mittleren Gastwirte ist, versucht man in völliger Verkennung der Tatsachen, mit Herrn Goerdeler eine Front zu bilden, wobei es unvermeidlich zu einer Kampfstellung gegen die Verbraucher kommen würde. Die kleinen und mittleren Gastwirte Dresdens sind, das wissen wir, gewiß, gemeinsam mit den Verbrauchern

den Kampf für eine sofortige Senkung der Bierpreise anzunehmen. Der Verband stellt diese Frage bewußt auf. Die Haltung der Berliner Gastwirte zeigt auch den Dresdenern, welchen Weg sie zu beschreiten haben!

Oberlungwitzer Textiler beugen sich nicht!

Chemnitz, 27. Februar. (Eig. Bericht.)

In unverminderter Schärfe geht der Streit der Textilfabrik von Kunath & Medlenburg weiter. Da das streikende Betriebsaufgebot die Kampffront der Streikenden nicht stärken konnte, versuchen jetzt die Herren Unternehmensinhaber und Direktoren der Firma, durch Freistellungen den Streik zu brechen, als wenn bei der Firma Kunath & Medlenburg die wieder in bester Ordnung sei. Man schreibt im „Sächsischen Erzählblatt“, daß der Betrieb gegenwärtig nur im Viertel der früheren Beschäftigt arbeite. Dagegen ist bekannt, daß im Betrieb alles demselben und darüber geht, da die aus gestellten Streikbrecher von der Arbeit nichts verstehen und Spezialkräfte sämtlich im Kampfe stehen. In den Freistellungen versuchen die Unternehmer, die kämpfende Belegschaft gegen ihre roten Betriebsräte und gegen ihre Streikleitung zu zwingeln. Die Streikenden erklären jedoch, daß sie nicht dazu denken, auf die durchsichtigen Pläne der Unternehmer einzugehen, sondern nach wie vor seit auf die Erfüllung ihrer Forderungen beharren.

SPD-Arbeiter von SPD-Polizei getötet!

Der Arbeiter Hans Buder, der in der Soldinerstraße in der Nacht vom Sonnabend zu Sonntag in einem Arbeiterlokal mit einem Schupoheaven angeschlossen wurde, ist gestern in schweren Verletzungen nach qualvollem Felden erlegen. Hans Buder hinterläßt Frau, Kinder und eine alle hilflose Mutter.

Brand-Erbisdorfer Frauen mobilisieren!

In einer sehr gut besuchten Frauenversammlung in Brand-Erbisdorf sprach unter starkem Beifall der Anwesenden Genosse Diebel für die Einrichtung der Arbeiterfrau in die rote Kampffront für Ernst Thälmann. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, in der die Frauen geloben, an der Spitze der Armee roter Wahlhelfer zu wirken. Eine Arbeiterin trat der SPD bei. 11 Frauenbelegte wurden gewählt, darunter eine Betriebsarbeiterin, eine Hausfrau und eine Hausangestellte.

Berliner Fürsorgearbeiter im Kampf!

Gestern mittag traten die Fürsorgearbeiter in Berlin-Karlshorst geschlossen in politische Resistenz. Sie kämpfen gegen die Herabsetzung von zwei KRD-Kollegen und für die Beibehaltung der überaus hygienischer Zustände auf den Toiletten. Durch die Geschlossenheit der Belegschaft ist das Betriebsaufgebot der Leistungsgeldempfänger gezwungen worden. Die Belegschaft hat der gemäßigten Kollegen am Montag, die Toilettenanlagen, die Einrichtung einer Sanitätsküche und teilweise Beheizung mit Holzstücken und Arbeitslohn wurde bereits ausgezahlt. Bei Betriebsabschluss hat die Belegschaft beschlossen, ab heute in den Streik zu treten, falls ihre Forderungen nicht zeitlos bewilligt werden.

Hitler schwört den Verfassungseid

Hitler wurde gestern nachmittag in seinem feierlichen Saal im Kaiserhof von der braunhewigen Regierung als Reichspräsident vereidigt. Er schwor, die Verfassung treulich zu halten.

Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß die Nazis in Coburg Stadtrat den Antrag gestellt haben, Hitler das Ehrenbürgerrecht von Coburg zu verleihen. Da die Nazis die Mehrheit haben, wird mit der Annahme des Antrages bestimmt zu rechnen.

Genosse Bientke erneut verurteilt

Leipzig, 23. Februar. (Eig. Bericht.) Des Reichsgericht hat den Genossen Konrad Bientke, der vor einiger Zeit bei der Organisation des kommunistischen Jugendverbandes die „Jugendgarde“, verantwortlich zeichnete, wegen Vorbereitung zum Verbrechen zu einer Gefängnisstrafe von einundzwanzig Jahren verurteilt.